



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/WVI/93 - 24. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Algerien - Frankreich - Europa</u> Zum Putsch der Algerien-Generale	90
2 - 3	<u>Leizler Stöckenfried "Freies Fernsehen"</u> ... als gäbe es keinen Urteilspruch von Karlsruhe Von H.F. Warner	72
4	<u>Ein gutes Wort zur rechten Stunde</u> Alt Bundespräsident Prof. Heuß über die Haltung gegen Emigranten	49
5 - 6	<u>Wer billigt die Rassenpolitik?</u> Zu einigen Aussagen der deutschen Botschaft in Ecuador	50
5	<u>"Notvorsitz"</u> Panikmacher Bundesernährungsministerium	27

* * * * *

Algerien - Frankreich - Europa

Zum Putsch der Algerien-Generale

G.M. - Was jetzt und immer in Frankreich oder Algerien geschehen mag, geht uns hier in Deutschland unmittelbar an. Das deutsch-französische Verhältnis ist zu einem wesentlichen Bestandteil der europäischen Politik in der Nachkriegszeit geworden und ob politische oder wirtschaftliche Krisen unser Nachbarland erschüttern, stets werden wir die Auswirkungen solcher Ereignisse zu spüren bekommen. Im Guten und im Schlechten!

Der Putsch der Algerien-Generale gegen die von Staatspräsident de Gaulle zwar sehr spät eingeleitete Politik der Befriedung in Nordafrika ist ein politisches Abenteuer von blindwütigen Nationalisten, die in einer Welt von Gestern leben und nicht nur das politische Schicksal Frankreichs, sondern auch die vernünftige Zusammenarbeit zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent aufs Spiel setzt. Ganz gleich, ob der Putsch in den nächsten Tagen niedergeschlagen wird oder nicht, er ist im Effekt eine politische Schwächung unseres französischen Nachbarn und ein Appell an die Nationalisten aller Schattierungen in Afrika, Europa - das heisst also auch uns! - den Rücken zu wenden. So gesehen wird die Aktion der putschenden Algerien-Generale zu einem Instrument der Zersetzung der westlichen Gemeinschaft und dadurch zu einem Schritt in Richtung auf die Abdankung Europas von der internationalen Politik.

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, kann noch niemand sagen, ob die putschenden Algerien-Generale ihr Abenteuer bis zum Exzess einer Landung von ihnen ergebener Truppen in Frankreich steigern wollen. Sollten sie diesen Versuch unternehmen, dann lösen sie bewusst im Mutterland Frankreich den Bürgerkrieg aus.

Es versteht sich von selbst, dass in einer solchen Situation Frankreichs stärkste Organisationen, die Kommunistische Partei und der von ihr gelenkte Gewerkschaftsverband CGT nichts unversucht lassen werden, um nach der Niederschlagung des Putsches ihre Ansprüche auf Einfluss in der Staatsführung zu sichern. Das wiederum würde bedeuten, dass Moskau im Westen Europas festen Fuss fasst; es sei denn, de Gaulle würde nach der Niederschlagung des Militärputsches nunmehr seinen Kampf gegen die kommunistische Linke in Frankreich selbst weiterführen wollen. Dass in diesem Falle auch in Algerien die FLN, die bisher Gewehr bei Fuss steht, eingreifen würde, wäre zu erwarten.

Wir haben gelesen und gehört, dass der Generalsputsch in Algerien mit Hilfe von Fallschirmtruppen der *légion étrangère* ausgelöst wurde. Gleichzeitig lesen wir jetzt in französischen Zeitungen, dass sich diese Fremdenlegion zu 50 bis 60 Prozent aus Deutschen zusammensetzt. Bei Erwähnung dieser Zahlen wird - so ganz nebenbei - angedeutet, dass es "wieder einmal die Deutschen" seien, die Frankreich bedrohen. Gewiss, ähnliche Bemerkungen finden sich hauptsächlich in kommunistisch orientierten Blättern, aber bei der Empfindlichkeit vieler auch nicht-kommunistischer Franzosen

gegenüber "den Deutschen", sei uns in diesem Zusammenhang ein sehr deutliches Wort erlaubt.

A l l e französische Nachkriegsregierungen wussten und wissen, dass offizielle und offiziöse französische Stellen - besonders während des Krieges in Indochina - den Eintritt junger Deutscher in die französische Fremdenlegion begünstigt haben. Der Bundestag, und besonders die Sozialdemokratische Partei, sowie die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion haben in den vergangenen Jahren wiederholt Alarm geschlagen. Die SPD hat nie aufgehört, die das deutsch-französische Verhältnis vergiftende Institution jener Söldnergruppe anzusprechen. Es gab kaum eines der zahlreichen deutsch-französischen Gespräche offizieller und inoffizieller Art, in denen das Problem Fremdenlegion nicht erörtert wurde. A l l e Französischen Regierungen haben sich bis zum heutigen Tag peinlichst ausgeschwiegen, wenn von der Fremdenlegion die Rede war. Aber umgekehrt haben die französischen Zeitungen - ganz gleich, welcher politischen Richtung - eben diese Fremdenlegion immer wieder als "Elitetruppe" gefeiert, und anlässlich militärischer Paraden in Paris oder in Algerien sind die Bataillone und Regimenter der Fremdenlegion wegen ihrer "hervorragenden Disziplin" stets Gegenstand enthusiastischer Beifallstürme gewesen.

Wer heute, angesichts der dramatischen Ereignisse in Algerien und Frankreich versucht, die Existenz der Fremdenlegion und ihre unselige Rolle beim Putsch der Algerien-Generale als ein Element der Störung des deutsch-französischen Verhältnisses zu benutzen, begeht nicht nur eine politische Dummheit, sondern auch eine Sünde wider den Geist Europas. Das deutsche Volk und die politischen Parteien in der Bundesrepublik haben mit der Fremdenlegion nichts zu tun!

Das deutsche Volk wünscht, dass es der legalen Regierung Frankreichs und dem französischen Volk schnellstens gelingen möge, die Neuterer in Algerien niederzuschlagen und das französische Mutterland vor einem Bürgerkrieg zu bewahren. Mit Respekt und Sympathie beobachtet das deutsche Volk in dieser schweren Stunde Frankreichs alle Bemühungen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung.

Wir sagen aber auch ganz offen, dass wir jene bei uns in die Schranken verweisen werden, die es für angebracht halten, jetzt einfach mit erhobenem Finger auf frühere Fehler der französischen Kolonialpolitik zu zeigen. Diese Fehler sind leider gemacht worden; es ist aber j e t z t nicht die Stunde und am allerwenigsten u r s e r e Aufgabe, eine schon im Heilprozess befindliche Wunde wieder aufzureissen. Was um der historischen Wahrheit willen gesagt werden muss - auch unter Freunden erörtert werden soll - kann geschehen, wenn die Gefahr gebannt ist.

Letzter Störenfried "Freies Fernsehen"

J.F.W. - In knapp einer Woche beginnt der Hessische Rundfunk mit seinem zweiten Fernsehprogramm. Einen Monat später werden schon mehr als zwei Drittel der deutschen Fernsehteilnehmer ihre Empfänger auf das neue Kontrastprogramm einstellen können. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass diese Zuschauer Geräte der neuen Produktion oder doch Zusatzeinrichtungen für ihre alten Empfänger und auf jeden Fall geeignete Antennen besitzen.

Der Postminister hat vorhinftigerweise in den letzten Tagen seine nach dem Karlsruher Urteil eingeschlagene Politik aufgegeben, mit der er zunächst versuchte, durch Spitzfindigkeiten und formalistische Schachzüge den Sendebeginn für das zweite Fernsehprogramm der Rundfunkanstalten zu verzögern. Bleibt er seiner neuen Linie der sachlichen Zusammenarbeit mit den Länderregierungen und den Rundfunkanstalten treu, so werden technische Schwierigkeiten bei der Ausstrahlung des zweiten Programms kaum entstehen. Dies reichlich spät aufgenommene Verfahren der Zusammenarbeit verlangt allerdings auch, dass sich die Post für die Bereiche mit den Rundfunkanstalten über die Benetzung von anstaltseigenen Sendern für das zweite Programm verständigt, in denen das neue Sendernetz der Post noch Lücken aufweist. Geschieht das nicht, so werden erheblich mehr Zuschauer zunächst auf das neue Programm verzichten müssen, als dies aus sendetechnischen Gründen in der Anfangszeit ohnehin unumgänglich ist.

Die Intendanten der Rundfunkanstalten haben jedenfalls Schwung und Tatkraft bewiesen, als sie jetzt den 1. Juni als Stichtag für ihr zweites Gemeinschaftsprogramm festlegten. Zunächst werden die Fernsehhäuser nördlich des Mains die Hauptlast der Programmlieferung tragen müssen. Die süddeutschen Anstalten kommen mit ins Gewicht fallenden Beiträgen erst später hinzu. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks erschwert zudem noch sich und seinen Kollegen die Arbeit, da er hartnäckig darauf besteht, nach Gutdünken aus den neuen Gemeinschaftsprogrammen auszusehern, um Münchner Sondersendungen nur für Bayern zu bringen. Die Kräfte und die Mittel, die für diese bayerische Fernseh-Antarktis benötigt werden, fehlen so im gemeinsamen Kontrastprogramm der deutschen Rundfunkanstalten.

Die Verhandlungen der Ministerpräsidenten über die endgültige Vertragsform, die für das zweite Fernsehen gefunden werden soll, machen schnelle Fortschritte. So könnten nach der jahrelangen Störung der Fernsehentwicklung, für die die Bundesregierung verantwortlich zeichnet, die Fernsehzuschauer jetzt befriedigt feststellen, dass Rundfunkanstalten, Post und Länder zusammenarbeiten und keine Wolken mehr den Horizont des Fernsehens trüben, wäre nicht noch das "Freie Fernsehen" in Frankfurt.

Dies kostspielige Überbleibsel aus Adenauers verunglücktem Fernsehabsenteuer hat offenbar den Ehrgeiz, sich erneut zum Stein des Anstoßes zu entwickeln. Der Bundesfinanzminister scheint zwar um eine korrekte Abwicklung des Unternehmens bemüht zu sein. Beauftragte des Ministeriums verhandeln mit einzelnen Rundfunkanstalten über den Ankauf der vorfabrizierten Fernsehfilme und der technischen Einrichtungen des Freien Fernsehens. Ein Erfolg dieser Verhandlungen würde den Steuerzahlern wenigstens einen Teil der von den Managern des Frankfurter Unternehmens großzügig ausgegebenen Millionen ersparen, die nach dem Willen der CDU der Bundeshaushalt tragen soll. Die Gruppe um Dr. Six, den Vertrauensmann des Bundespresserates aber, plant und entwickelt in der Frankfurter Kaiserstrasse weiter, als gäbe es kein Urteil des Verfassungsgerichtes. Die Vermutung, dieser beziehungsweise erst nach dem Karlsruher Urteilspruch installierte Geschäftsführer - nur hausintern ernannt, wie man in Frankfurt geflissentlich zu betonen liebt - wolle durch seine Aktivität lediglich sein 7 000 RM Monatsgehalt überarbeiten, ist allzu billig. Es wird vielmehr langsam zum offenen Geheimnis, dass man in Kanzler- und Presseamt trotz des Verfassungsurteils an den alten Plänen festhält. Politische Phantasten an beiden Stellen spekulieren hier auf einen Ausgang der Bundestagswahlen, der die Aufhebung des Urteils durch eine Änderung des Grundgesetzes ermöglicht. Überflüssig, ein weiteres Wort über diese politischen Traumbilder zu verlieren.

Ernster sind die Bestrebungen zu beurteilen, dem auf reaktionärsten CDU-Kurs ausgerichteten Freien Fernsehen die Programmgestaltung der neuen Fernsehanstalt, die die Länder gründen wollen, in die Hand zu spielen. Sollten sich tatsächlich Herr v. Hassel in Kiel und andere Ministerpräsidenten bereift finden hier mit Dr. Six das parteipolitische Spiel der CDU zu spielen, dann würden sie sich an einem neuen Fernsehkrieg schuldig machen.

Ein gutes Wort zur rechten Stunde

ler. - In unmissverständlicher Weise hat sich Altbundespräsident Prof. Theodor Heuss über die von gewisser Seite betriebene unterschwellige Hetze gegen die deutschen Emigranten geäußert. Heuss ergreift nur noch bei seltenen Gelegenheiten das Wort, aber wenn er das tut, dann hat er gewiss Gewichtiges zu sagen. Es läßt aufhorchen und stimmt nachdenklich. Seine Mahnungen, frei vom tagespolitischen Hin und Her, frei von kleinlichem Parteigezänk, richten sich an die ganze Nation und sind von der Sorge getragen, den inneren Zusammenhalt unseres Volkes durch eigenes Zutun nicht noch mehr zu gefährden, als er es ohnehin schon ist. Hier nimmt der Altbundespräsident als eine wahrhaft geistige Persönlichkeit eine einzigartige Stellung im öffentlichen Leben der Bundesrepublik ein, auch wenn damit nur kein Amt mehr verbunden ist.

Professor Heuss schien es nun geboten, ja eine unerlässliche Pflicht, öffentlich Stellung gegen jene zu beziehen, die, in Verblendung ohnegleichen, Männer und Frauen in die Schmutzlinie gezogen und zerren, weil sie in Deutschlands dunkelster Zeit Volk und Vaterland verliessen, um von aussen her für ein anderes, besseres Deutschland, als es das unter dem Dritten Reich war, zu wirken. Das uns befreundete Ausland vernahm die Hetze mit steigender Verwunderung, ja mit Entsetzen. Wie, diese Männer und Frauen sollten keine deutschen Patrioten sein? Bei der Gestapo standen sie auf der Abschussliste, das Dritte Reich verfolgte sie mit einem infernalischen Hass, strafften sie doch durch ihre Existenz die Behauptungen Lügen, das deutsche Volk und der Nationalsozialismus wären ein Ganzes, wären eine unauslöschliche Identität. Sollen die Verfolger und Verderber von gestern im Schatten des beginnenden Wahlkampfes nun ihr Werk fortsetzen können? Unendlich viel Schaden ist hier schon angerichtet worden; dem deutschen Volk wohlwollend Gesinnte begannen an der Funktionsfähigkeit der jungen deutschen Demokratie zu zweifeln, sie befürchteten und befürchteten ein Wiedererleben jenes Unheilgeistes, an dem die Weimarer Republik zerbrach. Manches bittere Bemerkungen klingen noch in aller Ohren, sie füllen auch viele Seiten beim Auswärtigen Amt eingelaufener Berichte bundesrepublikanischer Botschafter.

Dem Altbundespräsident blieb solches nicht verborgen, sein Ohr erreichten die Besorgnisse vieler Patrioten. Weit und unüberhörbar steht sein Bekenntnis für die politische Emigration im Raum der deutschen Nation. Dafür verdient er den Dank und die Anerkennung aller Gutgesinnter. Es geschah ja nicht allein um der Emigranten willen, es geschah mehr noch um unseres Volkes und der Demokratie willen. Unsere Glaubwürdigkeit stünde auf dem Spiel, liessen wir es geschehen, dass Männer zur Irreiwild abgestempelt werden, die sich den Idealen des Humanismus und der Demokratie stärker verpflichtet fühlten als dem Dienst für ein verabscheuungswürdiges Regime, über das im Eichmann-Prozess zu Gericht gesessen wird. Heuss' Worte kamen zur rechten Zeit; sie sind ein wichtiger Beitrag zur inneren Aussöhnung unseres Volkes.

Wer billigt die Rassenpolitik ?

K.F.- Wenn Diktaturen Andersdenkende verfolgen, so nimmt das nicht wunder. Wenn Stater mit demokratischer Verfassung politische oder andere Minderheiten unterdrücken, so hören sie auf, Demokratien zu sein. Die demokratischen Freiheiten in Südafrika gelten ausschließlich für die kleine Minderheit weißer Hautfarbe und nicht für die überwiegende farbige Mehrheit. Im Gegenteil, wir erleben in Südafrika eine Neuauflage der Doktrin von der Überlegenheit der weißen Herrenrasse, vor allen seit die Regierung Verwoerd die konsequente Durchführung der Apartheidspolitik proklamierte.

Diese Haltung der südafrikanischen Regierung hat zur völligen Isolierung Südafrikas geführt. Selbst der konservative Premier des britischen Königreichs hat sich in unmissverständlicher Form gegen diese Rassenpolitik gewandt. Der Ausschluss Südafrikas aus dem Commonwealth war daher die logische Folge. Wer im 20. Jahrhundert noch immer glaubt, der einheimischen Bevölkerung ihr Recht auf Mitbestimmung vorenthalten zu können und diese Haltung rassistisch begründet, der ist nicht nur ein politischer Narr, sondern muss damit rechnen, dass die Geschichte ihn mit Gewalt von seinem Podest herunterfegt. Das ist die Lage in Südafrika.

Die Rassenpolitik des Naziregimes, an deren Auswirkungen wir heute noch schwer zu tragen haben, verpflichtet uns daher, hellwach zu sein. Schon aus diesem Grunde hat die Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu Südafrika eine besondere Verantwortung. Umso beschämender ist es, dass in den jüngsten Wochen wiederholt Anlass war, auf die Äußerungen der deutschen Botschaft in Pretoria hinzuweisen. War es kürzlich Botschafter Dr. Granow, der von dem geheimen Verständnis der Deutschen für die Politik der südafrikanischen Union sprach, so war es jetzt der Geschäftsträger Dr. Brückner, der glaubte, das Gewicht der deutschen Botschaft für die unstrittene südafrikanische Politik in die Waagschale werfen zu müssen. Der Leiter der Pressestelle des Hamburger Senats, Erich Lütz, der zu einem Privatbesuch in Südafrika weilte, hatte auf Fragen von Journalisten Kritik an der Rassenpolitik geübt und auch Befürchtungen über die möglicherweise daraus entstehenden Beziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik hingewiesen. Indem sich die Botschaft in aller Form von der Kritik Lütz's distanzierte, muss der Eindruck hervorgerufen werden, dass

sie die südafrikanische Rassenpolitik billigt. Da Wirth als Privatmann sprach, wäre es für die die Botschaft ein Leichtes gewesen, auf einen Kommentar zu verzichten unter dem Hinweis, dass in der Bundesrepublik Meinungsfreiheit besteht.

Die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat aus bitterster Erfahrung gelernt; sie lehnt eine Rassenpolitik, gleich welcher Art ab. Von dieser Haltung kann sich auch eine deutsche Botschaft nicht distanzieren, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden. Allgemeine Beteuerungen demokratischer Redlichkeit müssen aber ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn aus der täglichen Praxis der Eindruck des Gegenteils entsteht. Wenn nicht die ganze Bundesrepublik weiter Schaden nehmen soll, müssen aus diesen Vorfällen Konsequenzen gezogen werden. Die politische Verantwortung für die Tätigkeit der deutschen diplomatischen Missionen trägt das Auswärtige Amt, und ihm wird es zufallen, eine Klärung herbeizuführen.

* * *

Notvorrat

M.v.J.- Der Vorschlag des Bundesernährungsministeriums, die Bevölkerung solle sich für Notzeiten einen Krisenvorrat an Lebensmitteln schaffen, wobei besonders Fette, Zucker und Dosenfleisch erwähnt wurden, hat gleich mehrere Haken. Abgesehen davon, dass viele Kreise der Bevölkerung, vor allem die Rentner und alten Leute, finanziell gar nicht in der Lage sind, sich einen derartigen Vorrat anzuschaffen, der noch dazu nach gewisser Zeit immer wieder ausgewechselt werden muss, wird durch diese Verlautbarung eine unnötige Panikstimmung verursacht. Die Verbraucher erwarten nicht gute Ratschläge, wie sie angeblich Krisen überbrücken können, sondern es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Krisen vermieden werden.

Der keineswegs gute, dafür aber teure Ratschlag des Bundesernährungsministeriums dürfte auch kaum ein besonderes Besorgnis um das Wohl der Bevölkerung in der Bundesrepublik ausdrücken. Hinter ihm steht vor allem die Sorge, die bis zu den Dächern gefüllten Vorratskammern der Einfuhr- und Vorratsstelle dadurch zu entlasten, dass die Verbraucher zu vermehrten Käufen angestachelt werden. Die Kühlschränke in den Privathaushalten sollen jetzt dazu beitragen, die durch die verfehlte Agrarpolitik der letzten Jahre geschaffenen Vorratsberge abzubauen. Wie besorgt die Bundesregierung über die auf sie zukommenden Auswirkungen der falschen Vorratspolitik ist, beweist der sicherlich nicht gerade delikate Hinweis auf mögliche Krisen. Wobei noch zu bedenken wäre, dass die angegebenen Vorratsmengen, die sich die Bevölkerung zulegen soll, keineswegs einer ernstlichen Krise gewachsen wären.

* * *

Verantwortlich: Günter Markecheffel